

# Der Deutsche Arbeitgeber

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Periodisch wöchentlich Samstag. Abonnementsspreis durch die Post bezogen  
jährlich 1,50 RM. Beitragspreis für Gesamt-Gesellschaft für Arbeiter.  
Gehalts 10 RM. Geschäftsführer und Verlegermeister 1 RM.

Eigentum des Christlichen  
Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Fernaus 688  
Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Auftritten und Annoncen  
müssen mindestens fünf Tage vor der Geschäftsstelle zu liegen.

Alleinige Auszeigen-Nachnahme „Scho vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 17.

Duisburg, den 27. April 1918.

19. Jahrgang.

## Unternehmertum und Arbeiterschaft im neuen Deutschland.

V.

Dass in der neuen Wirtschaftsperiode die Stellung der Arbeiterschaft und Produktivität von ausschlaggebender Bedeutung ist, ja, dass sie in ihrem Werke sowjägigen allem voransteht, ist mit der Zeit eine feststehende Ansicht geworden. Wie steht sich aber aus welche Weise soll das geschehen?

Hier treten sich die Wege.

Da sind ja nicht nur die Volksvertreter des 17. und 18. Jahrhunderts, die der Ansicht waren, dass durch lange Arbeitszeit und geringe Löhne eine möglichst hohe Arbeitsleistung erzielt werden könnte. Praktisch wird diese veraltete Ansicht in vielen Betrieben heute noch ausgeübt, besonders in solchen, in denen nicht durch die Mitarbeit der Gewerkschaften bessere Verhältnisse geschaffen wurden. Dieser recht verantwördliche Aufstellung der Stellung der Arbeitsleistung durch lange Arbeitszeiten und niedrige Löhne stellt sich schon vom Grunde entgegen, der gerade durch den Anstieg höherer Löhne und der guten Erholung nach der Arbeitszeit eine hohe Arbeitsleistung erwarte. Praktische Versuche beweisen auch die Richtigkeit der letzten Behauptung. Ein englischer Volksvertreter stellt direkt nach praktischen Erfahrungen den Satz auf: „Niedrige Arbeitszeit, hoher Lohn gleich billige Produktion, und umgekehrt.“ Selbst ein Mann wie Freiherr von Gamp, der kaum im Bereich der Arbeiterfreundlichkeit stehen dürfte, hat sich wieder Staatsrat von Berlin formen, die 4 Marx den Tag kosteten, nur weil er mit ihnen beim Essen besser habe, als mit dominikanischen Steinträgern, die nur 1,50 Mark den Tag kosteten. Bei Peiss in Jena wurde vor etwaigen Jahren festgestellt, dass bei einer Herauslösung der Arbeitszeit von mehr als 40 Stunden der Verdienst pro Stunde bei gleichen Arbeitsleistungen von 81,9 Pfennig auf 71,9 Pfennig fiel, und eine Steigerung der Intensität von 100:1162 erreicht wurde.

Der Arbeiter ist eben kein Mechanismus, sondern ein Organismus, und seine Leistung hängt von physischen und psychischen Bedingungen abhängt, die man nicht mit den mechanischen einer Maschine vergleichen kann. Werden an einen Menschen Anforderungen gestellt, die über das täglich zu erzeugende Energiesmaß hinausgehen, so tritt Er müdung und schließlich Erschöpfung, bei dauernder Überbeanspruchung Entartung ein.

Wir müssen Menschenökonomie treiben, mit den vorhandenen Kräften sparen. Nur physische und körperliche Erhaltung kommt höhere Leistungen. Auf diese Weise erzielen wir die Menschenverluste durch den Krieg, ermöglichen bei höheren Löhnen eine steigende Produktion und verbieten eine schädliche Konkurrenzschrankung. Diese Forderung der Menschenökonomie liegt an erster Stelle im Interesse der Nation und des Staates. Aus diesem Grunde heraus werden sich auch in Zukunft diese beiden Faktoren nicht und niemals mit den anhängigen Fragen beschäftigen, rüttungsgewandt wissend und durch gesetzliche Formulierungen Einfluss auf die Erhaltung der menschlichen Arbeitskräfte gewinnen müssen. Diese Maßnahmen können nicht als „Eingriff“ in die persönlichen Rechte des Unternehmertums angesehen werden, zunächst weil das Staatinteresse als erste Norm über dem Einzelinteresse steht und dann besonders auch, weil ja durch nationale Ausbildung der Arbeitskraft die Produktion intensiver gefordert werden kann. Es hat in solcher wichtigen Sache keinen Zweck, mit Schlagworten zu operieren. Die Not der Zeit fordert ein Einfaches, lähmendes Verständnis zur neuen Lage.

Es ist daher auch ein selbstames Beginnen, nach Art der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“, ohne Rücksicht auf die vollständig neue veränderte Lage, das All unter allen Umständen festzuhalten und den beladenen einseitigen Standpunkt gegen die Arbeiterschaft als einzige zu vertreten. Sol in der Erziehung flucht anzusehen. Wer die „Hebung der nationalen Arbeit“ als Grundlage unserer künftigen Existenz ansieht, wie Dr. Körber tut, der sollte auch die Auswirkungen zu dieser Hebung beachten.

Dass die neue Zeit auch ihre Wissenschaft auf alle jene Momente ausdehnen wird, die die Stellung der Arbeitskraft betreffen, wird man kaum als untrüglich vor den Handen wissen können. Ein ganz herausragendes Mittel ist die Verbesserung und die Erhöhung der körperlichen und seelischen Eigenschaften, ob der junge Mensch für diesen oder jenen Beruf geeignet ist. Dazu bedarf es natürlich weiter ausgedehnter Berufsausbildung, die ihrer Anfangswichtigkeit im letzten Schuljahr haben sollte. Auch im weiteren Schulsystem muss die neue Wirtschaftsperiode reformatorisch wirken; es sollen wenigstens Berufe gemacht werden, im letzten Schuljahr die Kenntnisse und Fähigkeit der Kinder zu breiter und unterschiedlicher, für welchen Beruf sie tauglich sind oder nicht. Hand in Hand damit muss eine genau durchgeführte Berufsvermittlung gehen, die auf Grund eines genauen Berufsbuchstoffsfingerzeige für übertritt oder schwach besetzte Berufe zu geben habe. Dieses Geleis muss es sein: Nicht mehr ungerierte Arbeiter, als zur Fortführung des Produktionsprozesses unabdinglich notwendig sind. Die sozialen Ansprüche der unererbten Berufe werden nur überhol-

ten Nachstellen des Betreffenden anfallen. Unsere Entwicklung bedingt uns immer mehr auf das Gebiet der Qualitätsindustrie, wenn wir unsere Weltmarktposition wieder erobern und erhalten wollen. Und diesem Grunde ist es notwendig, soweit es eben geht, möglichst viele den gelehrten Berufen zuzuführen. Im letzten Halbjahr vor Schulentlassung, wo schon bei den meisten der späteren Berufes feststehen dürfte, müssten dann spezielle Einschränkungen in das Studium gegeben werden, für das der einzelne sich entschieden hat. Durch Beschilderungen, Vorführung von Lichthilfervorträgen, über den betreffenden Industriefeldweg, Bekanntgabe über seine Geschichte, Eigentumsrechte usw. sollte der Schüler wenigstens einige- mal einzuführen versucht werden, damit er auch geistig seinem Stande näher gebracht und ihm Liebe dazu eingesetzt wird. Bei der jetzigen Handhabung ist der Übergang von Schule zur Werkstatt, von dem mechanisch eingetriebenen Wissen zur praktischen Tätigkeit ungewohnt schwer und abgerissen. In der Seele des Jugendlichen reift vielleicht etwas bei diesem ersten Schritt, dessen Größe erst in späteren Auswirkungen sich zeigt. Der Schritt muss gemildert werden. Was in der verflossenen Friedenszeit als kaum notwendig erschien, das ist in der kommenden Friedenszeit ein Faktor ersten Ranges; das Studium des Menschen mit seinen besonderen körperlichen und seelischen Eigenschaften.

Wie im Betrieb die Arbeitsleistung gesteigert werden kann, darüber laufen die Meinungen aneinander und stellen sich häufig sehr extrem gegenüber, trotzdem scheinen möchte, dass bei nächstem Durcharbeiten mancher Streitpunkt erzielt werden könnte. Wenn Prof. Wallach z. B. im Betrieb selbst wiederum eine schräge Ansicht empfiehlt, nach Fähigkeit und nach Neigung, wenn er die einförmigen Arbeiten auf die Maschine überträgt und die Erneuerungserscheinungen unterschätzt will, wenn er Arbeiterausschüsse als notwendige Bedingung eines gedanklichen Zusammenarbeiters zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ansieht, wenn er gerechte Entlohnung und möglichste Vermeidung aller unmittelbaren Beeinträchtigung der Lohndurchlässigkeit fordert, so besteht die Ansicht der Arbeiterschaft gar nicht so weit von dieser gesetzten entfernt liegen, wenn man ihr auch in manchen Teilen nicht ohne weiteres zustimmen könnte.

Diese rein physischen Forderungen, auf die sich die physischen, die seelischen Momente aufbauen, drängen auch noch anderen Seiten zur Erweiterung.

Auch für die geistige Hebung der Arbeiterschaft haben die Gewerkschaften ebenfalls ihre Kräfte eingesetzt. Es würde zu weit führen, wollten wir auch nur kurz anreden, was die Gewerkschaften nach dieser Seite hin geleistet haben. Erfreulich ist doch, dass sich jetzt aus manchen schwärenden Kreisen Männer im „Bund der deutschen Werkmänner“ einer Vereinigung von Gelehrten, Künstlern, Wirtschaftlern, zusammengetroffen haben, die in erster Arbeit an der geistigen Hebung der Arbeiterschaft im Verein mit den Gewerkschaften mitwirken wollen.

Die gesundheitliche Fürsorge und die Erhöhung der Volkswohlfahrt durch Errichtung menschenwürdiger Wohnungsbedingungen während der Arbeit und durch Schaffung gesunder Arbeitsräume, durch Bereitsstellung gesunder und freundlicher Wohnungen, zu denen der Staat eine gewisse Beihilfe zu leisten hätte, ist auch ein Faktor, der schwer ins Gewicht fällt. Alle diese Forderungen sind mehr oder minder durch die Sozialpolitik angeregt und zum Teil gefordert worden, wie auch verschiedene industrielle Werke nach dieser Seite hin manches getan haben.

Zus. das betrifft aber nur erst das Leben des Arbeiters als Arbeiter betrachtet. Die Widerstände aber wachsen stark, sobald die Forderungen der Arbeiterschaft auch in die Gesellschaft hineingreifen und das menschliche, was ihnen von Rechts wegen zusteht. Der Arbeitersstand will seine vollläufige Anerkennung im öffentlichen Leben, die ihm als selbständiger Stand zukommt. Die Arbeiterschaft kann aus diesem Grunde heraus nicht nur Objekt einer Sozialpolitik sein, wie das die Arbeitgeber wollen, sondern sie wollen zugleich als Subjekt dabei mitwirken, als gleichberechtigter Teil des Arbeitersvertrages ihr Schicksal mitbestimmen. Freies Wahlbestimmungsrecht und der gewisse „Herr im Hause“ Standpunkt, neuzeitlich orientierte Aussprachung von Sozialpolitik und konserватiv getrichtete Methode einer Herrschaft treten hier einander gegenüber. Damit im Zusammenhang stehen die Fragen der Arbeitskammern, die Festigung und Ausgestaltung des Einigungsbundes, Forderungen, von denen die Arbeiterschaft auch im Hinblick auf die kommende schwere Zeit nicht absagen kann.

Gerade gegen diese Forderungen, welche die Grundlage zum sozialen Frieden abgeben und damit auch den weiteren Fortschritt Deutschlands in der Weltgesellschaft begründen, treten leider die deutschen Arbeitgeberverbände auf. Das ist umso weittragender, als die soziale Not durch diese Stellungnahme nur vergrößert wird. Hier werden weise Regierungsmassnahmen alles tun müssen, um die Kinder zu ihrem Frieden zu befriedigen, die jetzt nach sozialen Kräften und Arbeitgeber regen. Das soll das Paragraphen 188 der Gewerbeordnung, der jetzt erfolgte, ein bezeichnender Anfang. Die Hauptarbeit aber bleibt der Arbeiterschaft selbst vorbehalten. In ihren Organisationen zusammengefasst werden sie an der Hebung des Wirtschaftslebens teil-

ten, aber auch die Rechte der Arbeiterschaft wahren. Einem Stand, der nur auf Staatswillen aufgebaut, fehlt die lebenskräftige Art, die aus dem Innern quillt. Unbilliges erstrebt die Arbeiterschaft nicht, nur ihre ihr zustehenden Rechte will erreichen, wie es jeder andere Stand auch getan hat. Bielstrasse Gegenseite würden gemildert, wenn mehr guter zusammenarbeitender Willen vorhanden wäre, der von christl. Arbeiterschaft schon verhindert wurde. Noch niemals ist ein Konflikt dadurch gelöst worden, dass man sich aufwärts streben, in ihren höchsten verfürten Zellen in den Weg stellen. Wir wollen unter Wahrung der gerechten Interessen der anderen Stände unser gutes Recht uns erwerben.

Keiner, der an der Zukunft unserer Nation und am Wirtschaftsleben interessiert ist, kann an dieser Frage übersiegen. Sie ablehnend beantworten, heißt den sozialen Konflikt vertiefen, die Wunde erweitern, sie bejahen heißt am Leben Deutschlands arbeiten. Gegenläufig wird es auch dabei noch geben. Die Interessen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden sich nicht immer auf einer gleichen Höhe bewegen, wie es z. B. in der Frage der Hebung der nationalen Arbeit der Fall ist. Aber es sollte versucht werden, die Gegenseite zu mildern; das kann freilich nicht dadurch geschehen, dass man in das Innенleben des Arbeitersstandes hinstreift und Wirtschaftsfeindseligkeit verbreitet, die in Abhängigkeit und Unselbständigkeit dascheint und daher nichts anderes bedeutet als die Wahrnehmung des Arbeitgeberinteresses. Selbständigkeit der Arbeiterschaft, wie sie die Gewerkschaften vertreten, ist der Kardinalpunkt, um den sich das Leben des Arbeitersstandes bewegt und bewegen muss.

Wir sagten zu Beginn, dass alle selbständigen Kräfte zusammenfassen sollten im Kampf, der um unser Leben kämpft und den wir gewinnen müssen. In diesem Ziel trifft sich das Interesse des Arbeitersstandes mit dem des Unternehmertums. Die Wege zu diesem Ziele trennen.

Die Notwendigkeit der gemeinsamen äußeren Arbeit für ein erhabenes Ziel mag der Grundstein sein, auf dem die beiden großen selbständigen Säulen Unternehmertum und Arbeiterschaft den Gedanken auch der kleinen gemeinsamen Arbeit aufbauen mögen.

## Arbeiterschaft und preußisches Wahlrecht.

Zum Verlauf dieses Krieges ist schon häufig das Geschehen der Weltrevolution an die Wand gemalt worden. Ganz wie darüber den völligen Aufruhr aller Staaten und Bürgerkriege verfügen will, wird sich diese Revolutionierung jedenfalls nicht erfüllen. Aber eine Revolutionierung, die weitgehendlich im Kampf aller bestehenden Staaten ist wird dieser Weltkrieg zweifellos zur Folge haben. Diese Revolutionszüge vollziehen sich in den einzelnen Staaten und Staaten jedoch sehr verschiedenartig. Während die Russenrevolution z. B. im russischen Dienstleben gewaltig durch Blut und Bürgerkriege in Szene ging, wird sich der Umsturz der Verhältnisse bei uns in unblutiger Weise vollziehen. Dass dies für das deutsche Volk ein Glück und Segen ist, braucht nicht im einzelnen dargelegt zu werden. Über welthistorische Wendungen, Fortschritte, die jenseit vielleicht mehrere Menschenalter an ihrer Verwirklichung gestanden haben, wird der Krieg in beschleunigter Entwicklung auch in unserem Vaterland herbeiführen.

Seit einigen Jahren stehen wir unter dem Gedanken der neu sozialen Regierung. Das staatliche Gemeinschaftsleben ringt gewaltig nach neuen Formen. Die breiten Volksmassen verlangen faktisch nach praktischer, politischer Mitarbeit im öffentlichen und staatlichen Leben. Das Mittel und Brennpunkt dieser Reformbestrebungen liegt bestimmt darin, dass die preußische Wahlrecht. Das Grund des bisherigen Dreiklassenwahlrechts waren die breiten minderbedeutenden Schichten des preußischen Volkes bisher von einer politischen Macht im Staatsleben fast vollständig ausgeschlossen. Seit dem Kriege ist der Ruf nach einer Reform dieses Wahlrechts immer lauter und fürchterlicher geworden, ohne jedoch bei den augenblicklich herrschenden Zuständen Gehör zu finden. Es liegt auf der Hand, dass der Weltkrieg, der alle Glieder des Volkes die gleichen und ähnlichen Erfordernisse stellt, auch eine gleichmäßige Verteilung der politischen Macht im Staatsleben fast vollständig ausgeschlossen.

Das ist die Schicht, die bisher im Bezug der politischen Macht waren, gegen diese Regierung zur Seite standen und sie mit allen zu Gewalt stehenden Mitteln zu bestimmen suchen, haben wir in der letzten Zeit zur Kenntnis gebracht. Aus solchen Kreisen wird immer wieder darauf hingewiesen, dass die breiten Arbeiterschaften noch nicht politisch aufgewacht seien, um dem sozialen Leben der sozialen Rechten einzutreten.

Das ist die Schicht, die bisher im Bezug der politischen Macht waren, gegen diese Regierung zur Seite standen und sie mit allen zu Gewalt stehenden Mitteln zu bestimmen suchen, haben wir in der letzten Zeit zur Kenntnis gebracht. Aus solchen Kreisen wird immer wieder darauf hingewiesen, dass die breiten Arbeiterschaften noch nicht politisch aufgewacht seien, um dem sozialen Leben der sozialen Rechten einzutreten.

Gefecht zu machen. Eine denselben Kreisen hört man ferner die Ansicht, daß die Arbeiterschaft selbst wenig Interesse für das gleiche Wahlrecht an den Tag gehe. Beide Vorstellungen sind nicht stichhaltig. Sie verleenen die wahre Stimmung den Arbeiterkreisen. Gewiß gibt es im Arbeiterstande wie in allen anderen Volkschichten politisch Indifferente; aber an diesen Vorstellungen darf der Kämpfer für die Gesamtkommunismus diese Volkschicht keineswegs angelegt werden. Wohin führen sie dann z. B. mit den anderen Schichten?

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wünschen, daß der Wahlrechtsfrage in Preußen für die zulässigen Zusätzlichelektionsungen des Arbeitersstandes außerordentlich viel entspricht. Es ist keine Nebertreibung, wenn man den Satz ausspielt, daß ein vollständiges Wahlrecht in Preußen die erste und wichtigste Voraussetzung für die gleichberechtigte Eingliederung des Arbeitersstandes in die bürgerliche Gesellschaft ist. Wir Arbeiter sind an dieser Frage nicht nur als Staatsbürgen beteiligt, sondern auch als Arbeitnehmer, die die Entwicklung ihrer Geistigen auf ihrer Hände Arbeit erwiesen sind. Der Kampf um das gleiche Wahlrecht in Preußen ist nicht nur eine politische Auseinandersetzung, sondern ein Kampf um die freie Bühn für unseren körperlichen und geistigen Ausstieg. Ein paar Gedanken sollen das näher erläutern.

Der preußische Staat ist der größte und mächtigste Erzeuger im ganzen Reiche. Nicht Betriebsfende, sondern Betriebsende unserer Standesgenossen liegen im staatlichen Arbeitsverhältnisse. Im Haushalt des preußisch-öffentlichen Eisenbahnverwaltung für 1916 sind nicht weniger als 420 000 lebende, Angestellte und Arbeiter angeführt. Sie begleiten an gehobten und üblichen die Riesenziffern von 888 Millionen Ps. Diese Riesenziffern kommen allein für den Eisenbahnbetrieb in Frage. Dazu kommen dann noch die Eisenbahngruben, Hüttenwerke, Salinen, Forsten und Landen und die Miete von sonstigen Betrieben. Im Staatshaushaltbericht für 1916 sind allein 236 000 Lohnarbeiter (ohne Beamte und Angestellte) angegeben. Insbesondere ist die Zahl natürlich nach erheblich gestiegen. Das gewaltige Heer der staatlichen Angestellten und Arbeiter ist in seinen wirtschaftlichen Verhältnissen von der Zusammensetzung und dem Geist der sozialistischen Volksvertretung in erster Linie abhängig.

Weder nicht allein die staatlichen Arbeiter, sondern auch Arbeiter im Privatgewerbe, in Industrie und Handel haben ein großes Interesse an den Sozial- und Arbeitsbedingungen der Staatsbetriebe. Die Mängelklagen sind hier sehr überwiegender Natur. Die Staatsbetriebe müssen und müssen ausliefertreibende sein, ein Vorbild für die sonstige Arbeitgeberchaft. Bei der engen Ressourcenwirtschaft ist es verständlich, daß die Staatsindustrie sich bisher gegen einen Durchbruch in den Ausliefertrieben mit aller Energie zur Wehr gefehlt hat. Bei der bisherigen Zusammensetzung des preußischen Landtages ist es sehr oft mit Erfolg. Eine der wirklichen Selbstschließung vorausgehende Zusammensetzung des preußischen Landtages würde dann für die Gestaltung der allgemeinen Sozial- und Arbeitsbedingungen von sehr weitgehendem Einfluß sein.

Wichtiger bedeutet ist der Geist der preußischen Abwertung für die Wirtschafts- und Steuerpolitik. Der Sieg hat eine gewaltige Laster entfacht, die begünstigt und nötiglich abgezähmt werden müssen. Dazu werden Jahrzehnte vorbereitet sein. Eine revolutionäre Steuerpolitik müsste für minderbenachteiligte Volksschichten zu einer unverträglichen und tödlichen Gefahr auslaufen können. Diejenigen Gefühlen aus tiefstem Verzweifeln durch eine genügende Befriedigung breiten Stossmaßen für den maßgebenden Zustand.

Nebenamt für die Arbeiterschaft und bestehend für den gewerkschaftlichen Arbeit für die Begehrung der einzischen Interessen auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Wenn es die weiteren sozialpolitischen Gesetze auf dem Wege der Regelegung zufinden kommen, so ist die Durchführung aber durchweg den Landeszentralverbänden übertragen. Die Durchführung der Sozialgesetzgebung kommt es aber der Praxis in erster Linie an. Für diesen hat die Gewerkschaft zu erinnern, auf die Praxis des Arbeiters- und Jugendlichen Einfluss zu haben. Dies ist entweder bestehend den gewerkschaftlichen Fäden hinzugefügt, zum Beispiel die Betriebsleitung den Arbeitern in die Gewerkschaft, im Betriebsrat usw., in soviel sie bisher hinzugefügt eingesetzt werden.

aber nicht nur für die Durchführung der Sozialgesetzgebung, sondern auch für ihre Schaffung und Entwicklung. Die Stellung des preußischen Staates hat endgültig geändert werden. Zur Freiheit kann kein Gesetz aufzutreten, gegen einen Schwerpunkt des größten Staates Preußens, gegen Preußen. Wenn ich den heutigen Mächtigen Preußens und seine Führung eben seines wie die Steuergegenleistung jetzt endgültig geändert sieht. Ganzweit ist die Frage des preußischen Staates keine rein preußische, sondern eine allgemeine Frage, alle Bundesstaaten und alle Bürger des deutschen Reiches gleichermaßen betrifft. In dem Maße, in dem die Regierung des Staates das preußische Wahlrecht nach seiner den schlimmsten Formen nicht nur die preußischen Wähler, sondern alle Wähler im Deutschen Reichsgebiet aufs Mindesten interessiert.

In den bereits dargelegten Formen und einer sehr wichtigen Gelegenheit hängt; nämlich die Entwicklung der sozialen Staatsverfassung auf die Gemeindepolitik. Weiter der wichtigste der bisherigen Zustandsentwicklungsrechts haben die in den bestehenden Erfahrungen auf die Gesamt in den Gemeinden in ihrer Hand zu halten gesucht. Nur die aufdringliche Privaterhaltung ist die Gemeindepolitik aber leichter Weisung, in materieller Beziehung vielleicht noch weittragender wie die Staatspolitik. Sie kann nicht allein verhindern und werden diese Verbindung mit dem Staat bestrebt werden, hat mit einer bestreitbaren Entwicklung des kommunalen Staatsverfassungsrechts gleichzeitig eine wesentliche Umgestaltung des kommunalen Rechts erzielt. Wie im vorangegangenen Paragraphen dargestellt, die best. Zustände Ressorten aus Arbeitsergebnissen gegeben haben, ähnlich aber noch schwächer ist es auch in den Einheitsvereinigungen. Die best. Gemeindeverfassungen, die von diesen Parteien in die Südtiroler hinein geladen wurden,

Zeitung die Gestaltung des Staates. Dies von einer wirtschaftlich  
sozialistischen Gemeindepolitik für die Arbeiter also abhängt,  
kann in dem Rahmen dieser Abhandlung nicht angegebenet, aber  
vielleicht später dargelegt werden.

Aus dem Dargelegten ergibt sich zur Genüge die gewaltige Bedeutung des preußischen Wahlrechts für die Kunst des deutschen Arbeitersstandes. Der Kampf um dieses Recht ist in den letzten Monaten mit voller Wucht entbrannt. Die politisch-nationale Arbeiterbewegung hat durch öffentliche Kundgebungen wie in ihrer Literatur und Presse ihre Erklärungnahme zu dieser wichtigen Frage unzweideutig zum Ausdruck gebracht. Den Hauptanstoß zu unseren Forderungen legen wir noch wie vor auf das gleiche Wahlrecht. Ein Handeln und Kompromisseln kann es hier nicht und nicht geben. Im Versetzungsausschuss des preußischen Landtages hat sich leider eine Mehrheit gegen das gleiche Wahlrecht zusammengefunden. Damit ist jedoch keineswegs schon das Schicksal der Regierungsvorlage bestiegelt. Wir erwarten mit aller Bestimmtheit, daß bei den entscheidenden Verhandlungen im Plenum des Landtages ein anderes Ergebnis zustande kommt. Sollte den Parteien, die die Verantwortung für eine Verkürzung des gleichen Wahlrechts auf sich zu nehmen wagen, ein beruhender Arbeiter würde einer solchen Partei seine Stimme auch geben können. Der Unwille der breiten Wählermasse würde sie von der Bildfläche hinwegfegen. Mögen diejenigen politischen Gruppen, die bisher dem Volke die volksfürige Gleichberechtigung horen lassen und seine Freiheit im tatsächlichen Verhältnis wahren wollen, sich noch in jährlangster Stunde staunen und wohl bedenken, ob sie die schwere Verantwortung für die Folgen auf sich nehmen wollen. Mögen sie sich vor allem auch ein Beispiel an der großherzigen und weitblickenden Staatsfähigkeit des Königs nehmen, der in seiner unbedingten Osterbotschaft von 1917 den Flusshafen bei staatlichen Kosten proklamierte, „um für die freie, freudige Weltkult all der Glieder unseres Volkes Raum zu schaffen.“ Etwas mehr Vertrauen zum Volke sollten auch die überstrebenden politischen Gruppen haben, die das gleiche Wahlrecht zu behindern suchen. Wie kostspielig heißtt bezogen auf das Land der König aus der Oberhälfte, der „bei Erneuerung wichtiger Teile unseres festgefügten und bewahrvahren Staates einem treuen, tapferen, fähigen und hochwürdigen Sache das Vertrauen entgegenbringt, das es verdient.“

wilche, je schwerer die wirtschaftlichen Störöfe in der Ruhm sich entwölften. Daraus deutet sich nun die „Rheinisch-Westfälische Bellung“ einer „Steg der besseren Einsicht“ am ganzen der sogenannten wirtschaftsfriedlichen Ideen heraus zu lesen und darzustellen, als ob erst unter dem Druck des Krieges sich die christlichen Gewissheiten auf den oben bezeichneten Standpunkt begeben hätten.

Die christliche Arbeiterschaft und die christlichen Gewerkschaften haben aus ihrer Staats- und Gesellschaftsauffassung und aus der Notwendigkeit des wirtschaftlichen Zusammenseanges heraus fast den Gedanken vertreten, daß die beiden geistigen Stände, Unternehmertum und Arbeiterschaft, trotz bester harten Gegensäthe ihr Ziel auch in einer gewissen Zusammenarbeit suchen sollten. Aber während die christlichen Gewerkschaften diesen Standpunkt vertreten unter Wahrung eines höheren Antrags um die berechtigten Interessen der Arbeiterschaft, ist er bei den sogenannten wirtschaftsfriedlichen Vereinen mit das Mantelchen, mit dem diese ihre Unselbstständigkeit und Abhängigkeit vom Unternehmertum verdecken wollen. Das ist der Kardinalpunkt der Sache, darauf kommt es am allermeisten eine selbständige, selbstbewußte Arbeiterschaft kann als gleichberechtigter Faktor neben dem Unternehmertum bestehen und ihre Rechte wahrnehmen, niemals aber eine Gruppe, die sich in Abhängigkeit befindet, nur das Unabhängigkeitsanderer ist, wie es die sogenannten wirtschaftsfriedlichen Vereine sind. Das Letztere möchte die „Rheinisch-Westfälische Stg“ freilich nicht als wahr gelten lassen. Die „Wirtschaftsfriedlichen“ selbst machen ihr aber einen Stich dadurch, daß Organ der Berliner „Wirtschaftsfriedlichen“, „Der Bund“, wirtschaftlichen rheinisch-westfälischen „Wirtschaftsfriedlichen“ ihre willkürliche Abhängigkeit vom Arbeitgeberstand vor und seit damals unbewußt eine vernichtende Kritik der „Wirtschaftsfriedlichen“ Bewegung überhaupt. „Der Bund“ schreibt:

„Die Entwicklung des Bundes Deutscher Werkvereine ist eine mannigfachen Arbeitgeberausschüsse, die für ihn im Sinne geleisteten Geldsummenlungen in Arbeitgeberverbänden eine Stellungnahme gegenüber wichtigen sozialpolitischen Themen, kurz sein ganzes Tun und Lassen, der ganzheitlich lebt, der in ihm herrscht, hat uns nur in der Überzeugung bestätigt, daß für eine unabhängige Arbeitgeberbewegung in dem Bunde Deutscher Werkvereine kein Raum ist. Wir haben einzigartig Selbstverwaltung in Händen für unsere Behauptung, daß der Bunde Deutscher Werkvereine keine unabhängige Arbeitgeberbewegung ist, sondern geprägt, geleitet und kontrolliert ist von Beamten und Beauftragten der westdeutschen Schwerindustrie. Es kann demnach keine Rede davon sein, daß der Bunde Deutscher Werkvereine das Recht hätte, sich als unabhängige Organisation“

## Die Häftelebung des § 153 ber. S.-D.

dem Urteilstat angetreten. Es ist dringendste Notwendigkeit, daß diese Haftnachbeherrschung gegen die Unterwerfung zu Fall komme. Geradezu lautet: „Wer andere durch bestehende Rechtsverhältnisse Zwanges, durch Drohungen, durch Verstärkungen über dasch Beleidigung bestimmt oder zu führen verjagt, es seien Verabredungen (§ 152 Strafgesetz) gänzlicher Sozial- und Arbeitsbedingungen; falls nunmehr, aber ihrer Folge zu leisten, aber andere durch gleiche Mittel hindert oder zu befehlenswerten Fällen, den solchen Verabredungen gezwungen werden, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft, jedoch nach dem allgemeinen Strafgesetze nicht länger als für einen Freiwilligen.“

Sie Hoffnung bleibt Erfolgserwartung ist seit Jahr-  
zehnten überdurchschnittliche Stärke der verschiedenen Gewerkschaftsbewegungen. Auch die sozialdemokratischen Gewerkschaften  
sind für wiederholte für die Hoffnung bestreben ausge-  
zeichnet. So auch zuletzt auf dem Berliner Kongress 1917. Die  
Hoffnung sollte blühen der Erfolgserwartung bestimmt.  
Sie bestimmt sich damit in Erfolgserwartung  
der Gewerkschaften und mit allen jenen Streiken, welche sich  
früher aus der gelösten Gewerkschaften angekündigt haben.  
In dieser Streik wird mit Zeitschicht die Hoffnung bestreben,  
et. 186 solche bestreben werden, angeblich wegen des "Zer-  
störung der Gewerkschaften", in Wirklichkeit aber, wenn man  
eine jede Gewerkschaft der Arbeiterschaft kann.

Bezogen auf § 158 hat ein freier Berufstätigt an den Arbeitgeberbehörden gegenüber den Arbeitgeberverbänden. Gleichwohl ist er ja verpflichtet, denn er begibt sich förmlich feindselig unterwegs, wenn er auf Schiedsgerichtsstreitigkeiten nicht auf Schiedsgerichtsstreitigkeiten. Gleichwohl sagt § 158 ein ganz anderes SGB. Nur bestreite kann bestreiten und Gewalt des Art. 158 betrifft werden, welche von einer freien Stellung aus möglich gewesen wäre. Doch Meine vorliegende Arbeit war eher nach der Arbeitsbeschaffung, nicht nach der Schiedsgerichtsstreitigkeiten der Beziehungen füllt entgegenwirken in meine Arbeit einzige bestreitbare Fähigkeit ab, während die bei letzteren nicht hinter bestreitbaren Fällen begonnen werden. So ist es erforderlich, dass auf Gewalt des Art. 158 sozial hinzuende keine Verurteilungen bzw. Strafen, aber es ist gleichzeitig kein Verurteilungsberechtigter Arbeitgeber bekannt geworden habe. Dabei steht fest, dass die Arbeitgeber füllt bestreiten in wenigerem Maße, und die weniger geistige Rücksicht gegen den Arbeitgeber, als die Arbeitgeber.

Über jetzt ist durch die Aufhebung des Art. 153 eine  
Zeige für Arbeitsergebnisse gelegt. Einzelne Produkte vertreten  
aber offiziell die Gewerbeschäfter, so wie jeder Arbeiter hierzu-  
mit. Seines qualifizierten Metallarbeiter gefügt ist den griffl-  
ecklichen Arbeitsergebnissen.

## Allgemeine Rundfahrt

**William Spier +**

Am 16. April fand unser Gehör Ebert infolge eines  
unfallbedingt. Er hat mehrere Tage lang als Geschäftsführer  
Schielle & Cie. eifrig für seinen Betrieb tätig.  
Doch in diesen und folgenden Tagen kann gar nicht Gedacht  
sein, dass Börsebesuch gehabt wird. Aber trotz seines Alters von  
70 Jahren noch immer eifrig als Börsenmakler und Akti-  
ent mit Eifer. Durch seinen Glück hat er wenigen jungen  
Männern nichts in dieser Beziehung. 5

## **Die „Bessere Einheit“**

Mit der Kritikserie „Unternehmens- und Arbeiterschaft unseres Staates“ riefen Reichsborgerechtigkeit und andere Tagesschriften aus, die den Gründungsartikel des sozialen „Wochenspiels“ „Sozialistische Zeitung“ in ihrer 206. Nr. haben bestimmt in den Artikeln auf die Wichtigkeit eines besetzten Referentenpalais von Unternehmer- und Arbeiterseite hingewiesen. Das kann natürlich sein

## Der Reichstag zur Wohnungsfrage.

Der Wohnungsschutz des Reichstages hat nach einigen Beratungen bedeutende Beschlüsse gefaßt. Sie beziehen sich in der Hauptzache auf die Wohnungsfürsorge im Kriege. Dafür sollen alle im Reiche vorhandenen öffentlichen und privaten Kräfte organisiert, durch das Reichswirtschaftsamt im Einverstandnis und in Gemeinschaft mit den Bundesstaaten die plannmäßige Wohnungserstellung betrieben werden. Da eine Neubautätigkeit allein auf privatwirtschaftlicher Grundlage gegen der Bevölkerungssteuerung und der arbeitslosen starken Nachfragernahme des Kapitalmarktes während der Übergangszeit unmöglich scheint, sind 500 Millionen Mark aus Reichsstädten zweckmäßig von Bauaufgaben und baulichen Anstrengungen zur Bildung eines Wirtschaftsfonds bereitzustellen. Gleichzeitig soll bereitstehen, daß auch die Bundesrepublik und Gemeinden sich mindestens in gleichem Umfang an das Studium der Maßnahmen von Mitteln für die Neuverschaffung beizutragen. Die Versicherungsträger (Gesetzgeber, Rentenversicherungsgemeinschaft für Angestellte, Betriebsversicherungen) sowie die öffentlichen Sparkassen sollen ihre festgelegten Reserven möglichst zu Vorteilen auf Kleinbauern und -genossen zu niedrigem Preis zu legen.

Die Ausführungs- und Vermittlungsorgane für die öffentliche Wohnungsherstellung sind die Gemeinden bzw. Gemeindeverbände gebrochen. Sie sollen die von Fleisch und Einwohnern hergegebenen Kapitale zum Eigenbau verbinden und sie unter ihrer Führung an gemeinnützige Baugesellschaften geben, nötigenfalls auch an private Bauunternehmer. Dabei ist die gemeinnützige Verwendung durch Ortsrat oder durch gesetzlich erlaubte Eintragung besonders zu sichern. Die Bildung der Darlehen ist durch eine sachgemäß ausgestattete Hypothek entsprechend dem Besitz des Fleischstages am 24. Mai 1916 anzustreben. Die gesetzten Gemeinden bzw. Gemeindeverbände, in denen Wohnungen errichtet werden, müssen angehalten werden, solche zu erläutern.

Der Stengel der Baustoffen und Arbeitskräfte des Schmiedeanschlags auch veranlaßt, den verhinderten Eisenwaren abzulegen, daß er zu fören, daß die Baustoffefabrie, Siegelstempel, Gemütsführten, Blauwerten usw. baldigst in Betrieb gestellt werden können. Die hierfür nötigen Betriebsmittel sollen alsdahc aus dem Heere entlassen und der Verfügung gestellt werden. Die bei der Herrscherverwaltung verhinderten Gemütsführten sollen am Gemütsleben, in denen Mangel herrscht, zu billigen Preisen abgegeben.

Die freigeben die Menge der Banknoten zu den ersten Gehaltsziffern für alle Vorausicht nach dem vorhandenen Bedarf nicht genügend wird, so ist dauernd Sorge zu tragen, daß diese Banknoten nur in der Reihefolge ihrer Dringlichkeit Ausführung können. Sonderbar sind Augusbauteiln weiterhin ganz zurückzustellen; der notwendige Wahrungsbestand kann zu sehr zu fürchten. Einzelne Stadtverwaltungen, z. B. Kaiserslautern, wie auch große Industrieunternehmen sind bestrebt, Arbeitersammlungen und obere Teile der Bevölkerung zu erneutern, weil die nötige Zahl von Abstimmungen fehlt. Es handelt sich hier um eine sehr erhebliche, deren Lösung die Zusammenarbeit aller geplant.

## Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Forderungen für die sozialen Abgaben kaum zahlbar sind, ist für Sonntag, den 28. April der 18. Feiertagsbeitrag für die Zeit vom 28. April bis 4. Mai 1918 aufzuheben.

### Praxiskunterstützung.

Die Mitglieder werden erneut darauf hingewiesen, daß sie in allen Unterstüzungsfällen sich sofort beim Vorstand der Betriebsaufsichtsstelle zu melden und ihr Praxiskunterstützung abzugeben haben. Die Wirkung hat durch das Mitglied selbst, nicht durch den Vertrauensmann zu erfolgen. Die Karrionssatz wird nicht für die zurückliegende Zeit, sondern nur vom Tag der Meldepflicht an gerechnet. Es liegt also im eigenen Interesse der Mitglieder sich sofort zu melden, wenn sie rechtzeitig zu dem Bettel der Unterstützung kommen wollen.

Das Aprilfest der Deutschen Arbeit kann infolge Papierbeschaffungsnotwendigkeiten nicht vor Ende April gefeiert werden. Sofort nach Eintreffen wird es unserer Kollegen angekündigt.

## Aus dem Verbandsgebiet.

**Gegen L. 18. (Federarbeiter.)** In den letzten Wochen fanden wiederholt Besprechungen für die in der Betriebsabilitation beschäftigten Arbeiter statt. In diesen wurden zunächst die Lohnverhältnisse einer eingehenden Erörterung unterzogen. Die verunstalteten Erhebungen zeigten, daß die heutigen geschätzten Löhne absolut nicht ausreichend sind, wie es die Federarbeiter, an deren Leistungsfähigkeit die allgemeinen Anforderungen gestellt werden, erwarten könnten. Nur in wenigen Fällen sind die Lohnabreiche während des Krieges erhöht. In einzelnen Fällen ist sogar verhängt worden, die bislang gezahlten Preise zu kürzen. Eine Gegensicherstellung bei den von den Federfabriken gezahlten Allorpreisen ergibt, daß erhebliche Unterschiedshöhen bestehen. Der Einwand, daß die technischen Errichtungen bei den Firmen unterschiedlich sein und daher die Preisunterschiede rührten, kann nicht als sichhaftig anerkannt werden. Denn nicht nur die Löhne der Federarbeiter, sondern auch die der Bildner, Schleifer usw. lassen ja wünschenswert. Lebhafte Klage führen auch die im Lagerlohn beschäftigten Schlosser usw. Werden doch für diese noch Stundenlöhne von 65, 70 Pf. bezahlt. Die Federarbeiter Blatz, Gieseke, Schmidt u. Steffen, Hagen, Grubewinkel, Lohse u. Pulvermacher, Haase, Krämer u. Freynd, Hagen zahlen zu den Löhnen noch besondere Kriegszuschläge, die 10-25 Prozent betragen. Zugleich sind die ergiebigen Verdienste bei heutigen Zeitverhältnissen nicht angepaßt. Beidertragen daran die Federarbeiter auch einen Teil Schuld mit. Dazu anstatt für bessere Löhne einzutreten verlegt sich ein Teil nur auf die Kritik. Mit Ausübung aller verfügbaren Kraft wird ferner gearbeitet, damit werden die notwendigen Bauten innerhalb gehalten. Große haben sich die organisierten Kollegen schon vor dem Kriege um Einführung des Sonnabendabschlusses vermaut, doch haben sie nur geringes Entgegenkommen gefunden. Und doch wäre gerade für die so schönen betriebenden Federarbeiter eine letzte Arbeitszeit dringend angebracht.

Die Kollegen leben allmählich fest etu, daß ein engerer Kontakt zu der Betriebsorganisation notwendig ist, um auch für sie bessere Verhältnisse zu schaffen. Nur dadurch wird es auch möglich sein, ihre berechtigten Forderungen durchzuführen. Bei dem ungeheuren Bedarf an rollendem Material, Waggons, Autos, Postwagen werden die Werke in den nächsten Jahren noch vollständig beschäftigt sein. Es liegt daher nichts näher, als daß die Federarbeiter aller Betriebe sich restlos organisieren und auch für sich ein besseres Dasein schaffen. In der nächsten Zeit wird für die Federarbeiter noch eine größere Versammlung stattfinden, auf die wir unsere Stoll von den Federarbeitern sehr lebhaft aufmerksam machen. Durch zahlreichen Besuch der Versammlung und Anschluß an den Verband muß zum Ausdruck gebracht werden, daß auch für die Federarbeiter eine neue Zeit beginnen hat.

**Wiederaufbau.** Nachdem gegen Ende des Jahres 1916 die heftige Betriebsarbeiterchaft sich anschickte, wieder mehr den Bettel der Organisation zu wandeln, konnte auch in der Betriebsleitung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eine ebenso notwendige als auch wirkungsvolle Arbeit geleistet werden. Auf den Betriebsrat der Eisenhütte wurde zunächst die Wahl eines provisorischen Arbeiterausschusses vorgenommen, den auch die Generalschädeln anerkannten. Durch Verhandlungen des Arbeiterausschusses führte die erste Bewegung zu dem Ergebnis, daß ab 1. Januar 1917 eine allgemeine 10 prozentige Lohnsteigerung gewährt wurde. Desgleichen wurde erzielt, daß für Februar bis März 1917 für Betriebsarbeiter 4, für Jugendliche 3,50 und für Jugendliche 2,50 Mark für die Schicht zahlt wurde. Für solche Schichten wurden je die Sätze 7, und 5,50 Mark für die Monate Januar und Februar zugesetzt. Dolder wurde das Vorhaben der Betriebsleitung, die jenseitigen Verhandlungen weiterzutreiben und namentlich durch eine Endabstimmung für die heimischen Betriebsförderungen zu erlangen, obwohl bereit, daß ein solches Auschlagsmitglied aus der Betriebsleitung, der Arbeiterausschuß sei nicht gültig, da die Zahl nicht nach den Vorschriften des Hilfsarbeitsgesetzes vorbereitet worden sei. Dieses war nur Wasser aus die Brüche der Firma. Der provvisorische Ausschuß, der in öffentlichen Betriebsarbeitsversammlungen geschult worden war, wurde rasch, die ordnungsgemäßigen Neuwahlen zogen sich auf Wochen und Monate hinzu und machte somit die Betriebsleitung auf die notwendige Entscheidung verzögert. Der „Dant“ dafür zählte nur diesem Ratte, der nach seines sozialen Abschaffens ist, um den Besitzungen der Arbeitnehmer Schadens zu verursachen.

Eine neue Bewegung setzte im Monat April ein. Auf die vorstehenden der erhobenen Forderungen wurde erzielt, daß ab 1. Mai 1917 die Löhne um 10 Prozent erhöht wurden. Der gebotene 100 prozentige Zusatz für Sonntagsarbeit wurde abgelehnt. Die Nachzahlung der noch ausstehenden Betriebsleiter vom Januar, sowie auch die Verteilung des Lebensmittel durch den Arbeiterausschuß wurde erzielt. In einzelnen Abteilungen vorliegenden besonderen Verhandlungen sollten durch die Betriebsführer und durch besondere Verhandlungen erledigt werden. Beider fanden diese befriedigende Auskundungen erwartet gut nicht statt, aber sie fanden

nicht zu dem gewünschten Ergebnis. Der Abteilung Hornecker waren die Brüder geklaut worden und die Löhne standen sehr unsicher. Trotz der Zulage im Januar waren die Verdienste niedriger als im Dezember. Der statisch herbeigeführte Beschuß die Sache dem Schlichtungsausschuß vorzulegen, schickte daran, daß die drei gewählten Vertreter der Hornecker den vorliegenden Antrag nicht unterschrieben wollten. Die Abteilung Hochschoen rief den Schlichtungsausschuß an, lediglich nur mit einem sehr bescheidenen Erfolg. In den Stahlwerken wie auch in eingelassenen Walzwerksabteilungen dauerten kleinere Bewegung fast stets an.

Da all diese Sonderbewegungen nicht zum Ziel führten und trotz der Zulagen in Folge Brennstoffmangel die Löhne unbefriedigend blieben, wurde im August zum dritten Male ein Antrag auf allgemeine Erhöhung der Löhne gestellt, worauf ab 1. 9. 1917 nochmal eine 10prozentige Zulage erzielt wurde. Die Wirkung dieser Zulage war auch diesmal nur von kurzer Dauer, sofort bei der ersten Lohnung am 15. Oktober regte es sich schon in fast allen Abteilungen.

Eine äußere gebräuchliche Betriebsversammlung am 4. 11. beschloß deshalb eine Entschuldigung der vielen Betriebsförderungen in möglichster Höhe des normalen Verdienstes nachzuführen. Außerdem sollten die Vorarbeiten zur Errichtung eines sichereren Lohnsystems unter Ausschaltung der vielen Zulagen vorgenommen und dann gleichzeitig eine bestimmtere Erhöhung der Löhne verlangt werden. Eine volle bindende Entschuldigung lehnte die Firma ab. Indes kam eine Einigung zu stande, daß für Kaltarbeiter 85 Prozent des Verdienstes gehobt werden sollten. Nach einer anderen Auslegung sollten mindestens 8 Mark dafür gezahlt werden. In den Stahlwerken lagen noch sonstige Verdienstverminderungen vor. Eine rechtliche Ausstragung dieser Fälle erwies sich bei den mehr oder weniger unzureichend vorliegenden Einschränkungen notwendig. Inveb versagte die Belegschaft bei der Errichtung der notwendigen Unterlagen. Von der Belegschaft von 1200 Arbeitern wurde unzählige die Hälfte von den Erbungen in ihrem Dienst betroffen. Es wurde im Oktober nur bei 114 schon ein Verdienstausfall von insgesamt 2434 Mark ermittelt. Im November waren es 219 mit 4161 Mark und im Dezember 124 mit 8586 Mark. Bei den unzähligen Lohnverhältnissen wurde übrigens die Mehrheit der Belegschaft auch nicht, wie die eigenen Löhne stehen und konnten somit auch weitere zuverlässige Angaben nicht erzielt werden. Ein klarer Stakes Lohnsatz konnte ebenfalls noch nicht erzielt werden und zwar hauptsächlich weil Widerstände auf beiden Seiten vorlagen. Die Firma erklärte sich nur bereit in Zukunft die verschiedenen Schichten genau auf dem Lohnzettel anzuführen. Die von Walzwerksabteilungen verlangte Verlängerung der Produktion wurde als nicht notwendig abgelehnt. Ähnlich wurde gleichfalls ein im Dezember unter Umgehung der Organisationen eingerichteter neuer Lohnerschließungsantrag von 1,50 Mark für die Schicht, für Verhältnisse und von 1 Mark für Bettel. Hauptsächlich findet dieser Schritt keine Wiederholung. Die Arbeiterversetzung, sowohl in den Arbeiterausschüssen, wie auch in der Organisation, ist für die Belegschaft von einer derartig hohen Bedeutung, daß kein Spielball damit getrieben werden darf, wie es vereinzelt besteht ist. Vor einigen Tagen ist der Lohnantrag vom Dezember erneut aufgegriffen worden, auch sind nun mehr die Unterlagen zur Stelle und es darf wohl bestimmt erwartet werden, daß die schwedende Bewegung zum Ziel führen wird.

In Bewegungen war somit das Berichtsjahr reich. Die dadurch an unsere Betriebsärzte gegebenen Ausprägungen waren sehr groß; namentlich an unseren Stellvertreter. Brachte uns doch das Berichtsjahr allein 390 Neuauflnahmen. Auf dieser Basis muß weiter gearbeitet werden. Viele Kollegen und Kolleginnen, die mit uns einer Meinung sind, die aber noch arbeiten stehen, gilt es für unsere christlichen Metallarbeiterverband noch zu gewinnen. Ein Bericht über die Bewegungen auf den anderen Werken wird folgen. Rücksichtlos und überall müssen unsere Mitglieder in allen Betrieben und Abteilungen dafür eintreten, daß die begonnenen Befreiungen durch die weitere Stärkung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes andauernd geschildert und zum Ziel geleitet werden.

**Gesellschaften.** Die „Gewerkschaft Schäfer Eisenhütte“, Maschinenfabrik und Eisengießerei, ist eine Firma, mit der wir uns verschiedentlich im Interesse der bei ihr beschäftigten Arbeiter befassen müssen. In der Lohnstage hat die Arbeiterchaft bisher das erwartete Entgegenkommen nicht gefunden. Die zahlreichen Anlagen forderten mehrmals die Kritik und Beschwerde heraus. An die Pflicht zur Wahl eines Arbeiterausschusses erinnerten wir die Firma ebenfalls.

Andererseits war es die Firma, welche ihre Arbeiterschaft großer Unplanklichkeit und die jugendlichen insbesondere großen Vertrags beschuldigte.

In den Versammlungen, die sich im Laufe der Zeit mit all diesen Verhältnissen beschäftigen ließen es die Organisationsvertreter am Mahnungen und Wohlmeintenden Worte für Firma und Arbeiterschaft nicht fehlen. Dass aber die Arbeiterschaft die Fehler einzeln mit der Unzulänglichkeit und den vertretenen Ansichten der Firma nicht länger in der Gesamtheit dulden wollte, zeigte Verlauf und Beschluß einer gut besuchten Betriebsversammlung. Der Arbeiterausschuß erhielt den Aufruf, den einstimmig angenommenen Beschuß der Firma zu unterstreiten:

1. Aller bei der Firma Beschäftigten ist eine sofortige Lohnerschließung von 20 Prozent zu gewähren.

2. Bei einmaligem Zusätzlichkommen zur Arbeit in einer Lohnperiode darf eine Bestrafung nicht eintreten, wenn die Zeit des Zusätzlichkommens fünf Minuten nicht übersteigt, oder eine begründete Entschuldigung erfolgt.

3. Die Wasch- und Kleiderkunde sind so zu gestalten, daß dieselben unseren berechtigten Ansprüchen und ihrer Zweckbestimmung entsprechen. Morgens sind dieselben eine Stundekunde vor Beginn der Arbeit zu beleuchten.

4. a) Den Fortbildungsschülern ist hinreichend Zeit zu geben, um ihre Vorbereitungen zum praktischen Schulbesuch machen zu können.

Dem Arbeiterrat zu folge zahlt die Firma den Fortbildungsschülern Geld.

c. d. d. die Schule während der Arbeitszeit, so darf ein Sonderabzug nicht erfolgen.

Die Verhandlungen mit der Werksleitung ergaben betrifft Punkt 1 die Bewilligung einer Abstößerverdienstzehrung um 10 Prozent. Die Lohnarbeiter erhalten eine Erhöhung von 50 zu 50. Arbeitnehmer erhalten eine Erhöhung von 10 Prozent. Schule im ersten und zweiten Lehrjahr erhalten pro Schicht 20 Pf. Zulage. Die kleinen Lehrlinge sollen ebenfalls erledigt werden. Beider fanden diese befriedigende Auskundungen erwartet gut nicht statt, aber sie fanden

Eine Versammlung der Arbeiterschaft nahm dieses „Uns gegenüber“ mit großer Enttäuschung auf, will aber die Wirkung mit der nächsten Lohnung abwarten und hält sich diesbezügliche Schritte vor.

In Punkt 2 und 3 wurde Vereinbarung erzielt. Unclar blieb noch die Stellungnahme der Firma zu Punkt 4, c), obgleich es sich hier um eine finanzielle Kleinigkeit handelt, zumal bei den kleinen Verdiensten der Lehrlinge die Firma großzügiger sein sollte. Das Schulgeld will die Firma nun zulässigst bezahlen. Daß den Fortbildungsschülern in Zukunft die nötige Zeit zur Vorbereitung des Schulbesuches gegeben wird, wird hauptsächlich die Folge eines Prozesses sein, der stattdauert, da ein mit einer polizeilichen Strafe bedroht jugendlicher Kollege auf Grund des ihm vom Verband gewährten Rechtschutzes richtliche Entscheidung beantragt hatte. Da das Urteil weiteres Interesse finden dürfte, lassen wir es nachstehend in seiner Ausführlichkeit folgen. Zu dieser grundjährlichen Entscheidung mussten wir greifen, weil die Firma trotz behördlicher und väterlicher Vermittelung auf ihrem absonderlichen Standpunkt beharrte, und bei der großen Zahl von Lehrlingen es fortlaufend polizeiliche Bestrafungen gegeben hätte, zumal die Firma aber auch jeden Fall zu freiem Waschen und Umkleiden mit 50 Pf. bestrafte. Wenn daß die Schule dem wirklich naiven Standpunkt und Gesuch der Firma, den Unterricht um ihretwegen einige Minuten später zu eröffnen und zu schließen, nicht folgen würde, ist denen doch gar zu leicht begreiflich.

Das Urteil lautet:

Im Namen des Königs!

In der Strafsache gegen

1. den Formierlehrling Reinhold Linck in Gelsenkirchen, Bismarckstraße 65,
  2. den Formier Oskar Collet in Huet-Erle, Bismarckstraße Nr. 169,
- wegen Übertreibung
- hat das Königl. Schöffengericht in Gelsenkirchen in der Sitzung vom 15. März 1918, an welcher teilgenommen haben:
- Amtsrichter Rohrbach
  - als Vorsitzender,
  - Wirt Goldstein
  - Bruno Tegele
  - als Schöffen,
  - Ger. Assessor Utech
  - als Beamter der Staatsanwaltschaft,
  - A. Ger. Sekt. Kirchner
  - als Gerichtsschreiber,
- für Recht erklärt:

Die Angeklagten werden freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens fallen der Staatskasse zur Last.

Urteile.

Nach ihrem Geständnis sind die Angeklagten Linck im Oktober und am 2. 8. und 9. November und Collet im Oktober und November und am 4. und 7. Dezember 1917 gegenmäßig zu spät zum Fortbildungsschulunterricht gekommen und zwar um 5 bis 15 Minuten. Zu ihrer Entschuldigung geben beide Angeklagten übereinstimmend folgendes an:

Ihr Arbeitgeber, die Gewerkschaft Schäfer Eisenhütte, bei der sie als Formier beschäftigt seien, entlaßt sie um 8 Uhr von der Arbeit. Sie müssen sich dann der Arbeitskleider entledigen, sich waschen und neu anziehen, womit mindestens 15 Minuten hingehen, und hätten dann noch einen Schulweg von 20 Minuten zu machen. An manchen Tagen, an denen die Versammlungen besonders groß seien, hätten sie noch Lebensmittel oder Lohn in Empfang nehmen müssen. Schließlich weiche auch der Gang der Werktuhr von dem der Schuluhr und der anderen Uhren der Stadt oft erheblich ab.

Das Ergebnis der Betriebsaufnahme ist widersprüchsvoll. Auf der einen Seite hat der Zeuge Wehr, der selbst Formier ist und auch die Verhältnisse auf der Arbeitsstelle der Angeklagten kennt, dargelegt, daß die Angeklagten bei der Art ihrer Arbeit gezwungen seien, besondere Arbeitskleider zu tragen, die sie nach Beendigung der Arbeit ablegen und besondere Kleidung tragen müssten, daß sie sich mit Mühsal auf den Staub und den Schweiß sorgfältig waschen müssten und daß sie dann zum Anziehen wohl 15-18 Minuten gebrauchen.

Der Zeuge Allefens, der mit dem Angeklagten Linck den Schulweg abgeschritten hat, hat festgestellt, daß man vom Werk ausgang bis zum Eingang des Schulhofes 19 Minuten bei gutem Aussehen gebraucht. Untererstes rechnet des Zeuge Schelp, welcher hervorhebt, daß für die Angeklagten bequeme und leicht erreichbare Wasch- und Kleiderstellen unmittelbar am Arbeitsraum vorhanden sind, auf das Angeklagten Minuten und auf den Schulweg, allerdings unter Verzerrung eines Rückschlages durch die Felder, nach seiner eigenen Feststellung 15-17 Minuten. Dieser Zeuge hat schon früher als das Werk mit der Direktion der Schule wegen des Zusätzlichen der Lehrlinge verhandelt, beobachtet, wann die jungen Leute, die zusammen entlassen würden, bei der Schule ankamen. Dabei hat er festgestellt, daß sie fünf Minuten vor Beginn des Unterrichts auf den Schulhof waren. Nach seiner Meinung verursacht die Ausgabe der Lebensmittel und des Lohnes keinen nennenswerten Zeitverlust. Mit seinen Behauptungen decken sich die des Zeugen Komptus, die sich allerdings nur auf das Waschen und Umkleiden und die Dauer des Schulweges beziehenden.

Das Gericht ist auf Grund der alltäglichen Erfahrungen zu der Ansicht gelommen, daß auch bei Betriebsarbeitsläufen günstig gelegener Waschabteilungen auf Waschen und Umkleiden 15 Minuten mindestens zu rechnen sind. In diesem Falle bleibt schon keine Zeit zum Rummeln und Umherstreifen für die jungen Leute. Stimmt man an, daß diese dann auf dem Weg vom Betrieb verhandeln, beobachten, wann die jungen Leute vom Zeugen Schelp abgeschrittenen Wege in 15 bis 17 Minuten zur Schule gehen, so müssen sie notwendig zu spät zur Schule kommen, denn die Zeit, die der Weg vom Arbeitsraum zum Werk und vom Eingang des Schulhofes bis in die im 3. Stockwerk gelegene Klasse im Auspuffraum nimmt, ist auch zu berücksichtigen, zu schwelen davon, daß die Abweichungen der Schul- und Werktuhr in ihrem Gang vereinander, die erfahrungsgemäß wohl überall zu beobachten sind, nicht unberücksichtigt bleiben dürfen. Hinzu kommt, daß im Winter bei Dunkelheit und Kälte der Rückweg durch das Feld nicht immer gangbar sein und seine Benutzung den Schülern nicht zugemessen sein wird. Endlich wird sich auch die Auslobung und Verteilung der Lebensmittel nicht so gleich abwickeln, daß sie keine nennenswerte Zeit in Anspruch nimmt.

Hierausstab die Angeklagten als entlastigt anzusehen, um so mehr als nach den Bekundungen des Direktors der Gewerkschaft keine tatsächliche Verhandlung stattgefunden habe.

Wohlgelebt der jungen Leute hinzuweisen, und als nur bei den verpflichteten Arbeitern der Schäfer Eisenhütte sich die Verhältnisse mit solcher Regelmäßigkeit wiederholen.

Die Kostenentschuldung folgt aus Par. 497 St.-B.-D.  
ges.: Möglicher.

Herren Justizrat Glendorff, hier.

Dieses Urteil ist in mancher Hinsicht vielfachend wie auch sonst noch das eine oder andere zum Kapitel Lehrbürgewesen dort festgestellt werden könnte. z. B. sind die Lehrvertreter der Firma in ihrem Inhalt für die Schäfer Eisenhütte ganz im Sinne „alle Rechte vorbehalten“, aufgestellt. Der Lehrvertreter hat das Recht, der Lehrling mit die Pflicht; z. B.

Par. 2. Der Lehrling unterwirft sich neben den gesetzlichen Bestimmungen der Arbeitsordnung der Gewerkschaft Schäfer Eisenhütte und verpflichtet sich, die ihm übertragenen Arbeiten nach den ihm erteilten Anweisungen auszuführen, den Anordnungen seiner Vorgesetzten pünktlich und ohne Gegenrede Folge zu leisten und überhaupt stets treu und fleißig zu sein.

Par. 3. Die Gewerkschaft Schäfer Eisenhütte sorgt nach Möglichkeit dafür, daß der Lehrling Gelegenheit erhält, sich in seinem Berufe zu einem tüchtigen Arbeiter auszubilden. Sie ist dagegen immer berechtigt, den Lehrling sofort und ohne irgendwelche Entschädigung zu entlassen, wenn (er) nach ihrer Meinung die körperliche Beschränktheit oder die geistige Fähigkeit desselben unter den vorliegenden Verhältnissen unzureichend sind, oder wenn er durch sein Verhalten innerhalb wie außerhalb der Fabrik zu klagen Veranlassung gibt. Die endgültige Entscheidung hierüber steht der Direktion der Gewerkschaft Schäfer Eisenhütte zu.

Lehrhat also eine Blechharmonika soviel, wenn man dort nach „Möglichkeit“ ein guter „Arbeiter“ werden kann; wenn man immer den Lehrling auf die „offene Tür“ verweisen kann, als „Mr.“ über seine körperliche und geistige Fähigkeit zu entscheiden weiß um.

Manchen Arbeitern ist es schwer gemacht worden, sich von der Firma loszutrennen, und den Abfechtchein zu erhalten. Also müssen sich die Freunde der Arbeiterschaft für die Firma doch wohl sehr lohnend in der Betriebswirtschaft gehalten. Gelingt die Ausführungsgabe auf Kosten der Auszubildungsmitglieder als ein guter Erfolg in die Nacht hinein. Und wollen einmal Gehilfen nach beendeter Lehrzeit zu ihrer weiteren Ausbildung und zur stärkeren finanziellen Unterstützung der Eltern sich präsentieren, dann heißt es: „Für Mutter auch den ganzen Tag am Fenster stellen (genau bis Arbeitsmangel), aber wegkommen von hier tut ihr nicht.“ Das ist die bei der Firma „Ausgründung“ Aussage des vaterländischen Hilfsdienstes: „Kommensammlung und Ausnutzung aller verfügbaren Arbeitskräfte.“

Dieser Auszug aus dem „Eldorado“ mag für jetzt gelingen. Pflicht der gesamten Arbeiterschaft ist es, auch hier ihr gute Lohn- und Arbeitsverhältnisse in freuen Arbeitern und Eltern einzutragen. „Seder ist seines Glückes Sohn“. Die Aufmunterung ist und bleibt auch hier: Freuden an der gewerkschaftlichen Organisation. Nur in der Einfachheit liegt für den Arbeitersstand Macht und Stärke, sich mehr zu verschaffen. Innerkennung und Gleichberechtigung zu erzielen. Deshalb reißloses Anhängen an den grislichen Betriebsarbeiterverband und so das Wort des Betriebsleiters sich vorhanden gemacht, wenn er meint: „Die Arbeiter sind nicht reif zur Gewerkschaft“. Schafft und arbeitet ruhig für den Verband, dann wird reise frucht den Segen bringen.

\*

Wieder. Das verflossene Jahr 1917 war ein Abschnitt schöner Arbeit und Tätigkeit für die Bemühungen unseres freien Metallerbeiterverbandes. Erfolge und Fortschritte aller Art kommen in diesem Zeitabschnitt gebracht werden. Viel ist erreicht worden, aber es hätte mehr erreicht werden können, wenn alle Mitglieder nach dem Par. 6, Absatz 1 unseres Statuts, wenn es heißt: jedes Mitglied ist verpflichtet, für die Ausbildung des Verbandes mitzuwirken, und demselben neue Mitglieder zuzuführen... mehr zur Pflichtigkeits genommen hätten und eifrig ihren gewerkschaftlichen Pflichten nachgekommen wären. Was uns in unserer Verwaltungssphäre not war, ist die größere Sorge lebendiger Mitglieder. Sede Kollegia und der Kollege, ausg. auf seinem Posten sein, wenn es heißt, den Raum zu füllen durch Gewinnung neuer Mitglieder, was durch auch die andern gewerkschaftlichen Erfolge herbeigeführt. Unter keinen Umständen darf diese Arbeit nur den Vertrauensleuten überlassen bleiben. Es muß deshalb beim Leben dieses Jahresberichts jedes Mitglied unserer Verbandsleitungstelle sich einmal die Frage stellen: Was habe ich im verflossenen Jahre zur Förderung unseres Verbandes getan? habe ich meine Pflicht als Gewerkschaftler richtig erfüllt? Manche Kollegia und mancher Kollege wird sich beschämt fühlen müssen, mit der Leistung der Verbandsbeiträge, hin und wieder Bezug der Versammlungen, habe ich meine gewerkschaftlichen Pflichten erfüllt genug und habe die Anerkennung von Mitgliedern dem Vorstand und den Vertrauensleuten überlassen. Ihre Förderung unseres Verbandes habe ich voll, rein gar nichts beigetragen! — Soll es ja bleiben?

Aber allen Mitgliedern, Kolleginen wie Kollegen, die tatsächlich ihre Pflicht erfüllt haben, die niemals geruht und gereift haben, wenn es gilt, unseres Verbandes zu fördern, mögen die nachdrücklich bezeichneten Erfolge unserer Verbandsleitungstelle ein Zeichen sein, auch in diesem begrenzten Jahre mit neuem Mut und neuer Kraft die Bewegung fortzuführen.

Kopios zeigt die tatsächliche Probe, wie erstaunt Rille schien!

Ziffern und Zahlen mit die Zeit, erzielten mit immer wieder neuen zu der Erhöhung unseres Gewerkschaftsbeitrages.

Das berufsfestste Jahr hat viele zu Erfolgen auf geschiedenen Gebiete, wie auch auf dem Gebiete der Herstellung des Rohrs. Die Stahlarbeitsabteilung des Bergwerks Schönes zeigt folgendes Bild:

Der Mitgliederstand am 1. Januar 1917 betrug 476 Mitglieder, begann am 1. Januar 1918 1157.

Nicht unterschätzt ist die Anzahl derjenigen der einzelnen Monate Januar 79, Februar 106, März 104, April 101, Mai 85, Juni 74, Juli 158, August 171, September 14, Oktober 63, November 49, Dezember 105.

Die Stahlarbeitsabteilung unserer Verbandsleitungssphäre für das Jahr 1917 ist folgendes:

Gewerkschaft: a) Einnahmen 21197,15 Mark, Ausgaben 20353 Mark. Da die Spende kommt nicht der Betrag von 12.756,32 Mark gefordert werden.

Vokalstoffe: a) Einnahmen 6325,54 Mark, b) Ausgaben 4969,43 Mark. Kaiserkredit der Vokalstasse am 1. Januar 1917 250,51 Mark, am 1. Januar 1918 1606,59 Mark.

Auch die Versammlungstätigkeit war im Berichtsjahr außerordentlich rege. Es wurden 271 Versammlungen und 160 Sitzungen und Versprechungen abgehalten, während in 10 Tagen mit Arbeitgebern bezüg. Arbeitgeberverbänden Verhandlungen gepflogen wurden. Eine ganze Reihe Lohnbewegungen fanden teils allein, teils gemeinsam mit den andern Organisationen geführt werden, die für die beteiligte Arbeiterschaft reiche, ansehnliche Erfolge auf dem Gebiete der Verbesserung des Lohns und der Arbeitsbedingungen brachten. Als greifbares Resultat der Lohnbewegungen konnte für die beteiligte Arbeiterschaft eine Dichtlohnsumme für das Jahr 1917 von 1406 917 Mark gebucht werden.

Bei folgenden Firmen konnten Lohnbewegungen geführt werden: H. D. Wille, Detmold; Phoenix, Nachrodt; Willy Berg, Altena; Dr. Hesse, Altena; Herm. Klinte u. Co., Altena; Voigt u. Seifert, Altena; Friedl, Thomas, A.-G., Werderhoh; Richard und Gerlach, Werderhoh; Karl Berg, A.-G., Esching; Mittalwerke, Bardenstein; Lenne; Elektrohüttenwerk, Siles; sowie eine allgemeine Gewerkschafts-Bewegung in Altena.

Diese Erfolge hätten bedeutend größter sein können, wenn die Metallerbeiterchaft auch der sittlichen Betriebe mehr wie bisher denungen des Gewerkschaftlichen Zusammenschlusses erkannt hätte. Unsere Mitglieder müssen allerwärts mehr für Stärkung unseres Verbandes Sorge tragen, ganz besonders in dem begonnenen Jahre 1918, dann werden auch am Jahresende bedeutend größere Erfolge zu verzeichnen sein.

Mehr noch jetzt die Freude ein, unser durch die Zukunft sein.

Zum Abschluß für diejenigen Mitglieder, die im vergangenen Jahr sich an der Werksamkeit nicht beteiligten, diene noch folgendes: Im Berichtsjahr erzielten 40 Mitglieder bis zu 5 Aufnahmen, 19 von 5–10, 15 von 10–15, jedoch von 15–20, sechs von 20–30, ein Mitglied erzielte 50 Aufnahmen, und ein Mitglied sogar 70.

Der Will zum Fortwachstschreiten unseres Christl. Metallerbeiterverbandes muß in diesem Jahre eine größere Anzahl Mitglieder befehlen, denn nur dann sind wir ganz Geschäftsführer, wenn wir niemals ruhen und rasten bei der Ausbreitung unserer Ideen. In diesem Jahre, so hoffen wir, werden wir wohl das Ende des gewaltigen Volksringen zu erwarten haben. Dann besonders treten große, gewaltige Aufgaben an die deutsche Arbeiterschaft heran, die das Einsatz aller Kräfte erfordern. Bauen wir daher gut vor, durch Förderung unserer christlichen Metallerbeiterverbände.

## Versammlungs-Kalender und Bekanntmachungen.

Samstag, den 27. April 1918:

Gegen-Zeit. Abends 8,30 Uhr Versammlung bei Schärmann, Ref. Schriftleiter Stolze Bieber.

Gegen-Zeit. Abends 8 Uhr Versammlung im Engl. Vereinshaus. Beitrag des Kollegen Wilhelm West-Hagen.

Witten. Abends 8 Uhr bei Koppe, Löhrstraße: Eröffnung des Unterrichtskurses für Jugendliche. Auch die älteren Kollegen sind willkommen. Leiter Kollege Wehr.

Sonntag, den 28. April 1918:

Eisen-Stadt. 10 Uhr bei Wintershoff, Stappenbergstraße 74. Rheinhausen. 2,30 Uhr bei Eversloh.

Zoll-Gess. 10,30 Uhr bei Höngesberg, Kremerstr. 14.

Eisen-Außendist. 11 Uhr bei Erdens, Hauptstraße.

Eisen-Gess. Morgens 10,30 Uhr im Lokale Höngesberg, Kremerstraße 14.

Zoll-Gess-Dreiervereinigung. Fortsetzung der bereits am vorigen Sonntag in allen Bezirken eingeleiteten Hausagitation. Einheitliches Eröffnen aller Mitglieder um 10 Uhr im Versammlungsräum der einzelnen Bezirke.

Stolz. 10,30 Uhr im Bahnhofshotel.

Zoll-Gess. 6 Uhr bei Müller, Kaiserstr.

Zoll-Gess-Dreier. 5 Uhr bei Stein-Rieland, Unter den Münzenstr. 6. 11 Uhr Hochberger Hof.

Zoll-Gess. Morgens 7 Uhr im Lokale Söhne (Ecke Oberre Marktstraße und Schützenstraße) Dreier-Versammlung. Beitrag des Kollegen Stuhs aus Eisen über Gewindeberechnung.

Zoll-Gess-Zeh. 5,30 Uhr bei Rieger, Engelsbacher Str. 163, große Parteiveranstaltung. Bei derjelben werden unsere Mitglieder dringend eingeladen. Schulungsläden sind bei den Vertrauensleuten und Fasslern zu haben.

Gesamt-Ges. 10,30 Uhr im Sitzungssaal, Dreier-Versammlung. Beitrag des Kollegen Stuhs aus Eisen über Gewindeberechnung.

Zoll-Gess-Zeh. 3 Uhr Sonntagsfeier im Saale des Zoll-Arbeitervereinshauses Engelsstraße 10. Referent: Großvater Sitter. Programm siehe bei den Vertrauensleuten und Schülern zu haben.

Zoll-Gess-Zeh. 11 Uhr im Sitzungssaal, Dreier-Versammlung für Drei- und vierstufige Versammlung. Beitrag des Kollegen Stuhs aus Eisen über Gewindeberechnung.

Zoll-Gess-Zeh. 3 Uhr bei Rieger, dreifache Versammlung. Referent: Schriftleiter Stolze (Zoll-Gess).

Zoll-Gess-Zeh. Morgens 5,30 Uhr bei Fritz Stolz, Engelsstraße, Generalversammlung. Alle Mitglieder mit ihren eigenen Beitrag des Schriftleiters Kollegen Stolze (Zoll-Gess). Ein Mitglied darf fehlen.

Sonntag, den 29. April 1918:

Gelsen. Abends 8 Uhr bei Stolz, Engelsstraße, Unterrichtskurs.

Witten. 1. Mai 1918:

Eisen-Gess. Abends 8 Uhr bei Schärmann, Unterrichtskurs.

Freitag, den 3. Mai 1918:  
Gelsenkirchen-Recklinghausen, Bustadt, Hüllens. Abends 7,30 Uhr. 1. Lokale Lingener, Düssauerstraße, Unterrichtskurs für Jugendabteilung des Verbandes.

Samstag, den 4. Mai 1918:  
Dortmund 2. Abends 8,30 Uhr bei Bergermann, Deutzers Märschstraße 1.

Sonntag, den 5. Mai 1918:  
Dortmund 1. Vorm. 11 Uhr bei Stoll, Adenauerplatz.

Dortmund-Schermbeck. Vorm. 11 Uhr bei Quabel.

Duisburg-Wichlinghausen. Delegierten-Generalversammlung. Holt und Lofal wird noch bekannt gemacht. Der Tag soll möglichst von anderen Veranstaltungen freigehalten werden.

Ost. Neudorf. Familienabend. Eintrittskarten sind bei den Verantwortlichen zu haben.

Recklinghausen. 2,30 Uhr außerordentliche Jugendversammlung im Lokale „Zur Ratsmühle“, Neumarkt 18 Ref. Koll. Mehr (Duisburg) über drahlöse Straßübertragung.

## Tüchtiger Elektromonteur

für Instandhaltung von Licht- u. Kraftanlagen (Gleichstrom) für dauernde Beschäftigung gesucht.

E. Matthes & Weber, A.-G., Werk I,  
Duisburg, Krefelderstr. 42.

## ,Das Gewinde“

Vollständiges Nachschlagebuch auf diesem Gebiete. Enthalten 7.800 verschiedene Rädertypen für rund 7750 Gewinde. Einlehnendes Lehrbuch für den Arbeiter. Zu bestellen von Willy. Schäfer Augsburg, Imhoffstr. 79. — Bei Vorauszahlung des Betrages 6,75 M. bei Nachnahme 4,95 M.

## Arbeiter u. Arbeiter- innen

stellt sofort ein

## Sodafabrik Duisburg-Hochfeld

Rechtsstr. 11.

## Nachsäpapiere

Farben für alle Vervielfältigungsapp.  
Kohlepapier, Durchschlag- und Vervielfältigungs-Papier

Technik Niederrhein, Duisburg

Soeben erschien in 3. verbessert.

Aufl.

## Gewindezeichnungen

ein Hilfsbuch für Dreher mit vollständigen Tabellen f. alle vorkommenden Drehbänke u. Gewinde und 16 Abbildungen von Drehermeister E. Müller u. Ing. Prof. A. Frend Preis geb. 3,34 M. Verlag Friedrich Brandstetter in Leipzig.

Draht-Flechter

an Automaten und Handmaschine

sieht

Oswald Weber

Leipzig-Plagwitz, Namburgerstraße 19.

Arbeiter willkommen!